



BürgerInneninitiative gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda

An den Herrn Oberbürgermeister
und die Mitglieder des Magistrats der
Universitätsstadt Marburg

Marburg, den 14. Dezember 2005

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

wie Sie wissen, bemüht sich die Bürgerinitiative seit Monaten darum, das geplante Großbordell in der Siemensstraße zu verhindern. Das Projekt umfasst mittlerweile auch einen Straßenstrich. Seit dem 04.12.05 (!) wird dafür und für das Laufhaus im Internet geworben. Viele Marburger Bürger und Bürgerinnen haben durch ihre Unterschrift dokumentiert, dass sie das Großbordell nicht wollen.

Als Mitglied des Magistrats und Entscheidungsträger/in haben Sie die Pflicht, sich vor einer endgültigen Beschlussfassung sowohl mit der brutalen Realität der heutigen Rotlichtszene als auch mit den konkreten potentiellen Betreibern des geplanten Bordellbetriebs zu befassen. Gelegenheit sich umfassend zu informieren, gab es in den Vorträgen von Dr. Monika Hauser, der Journalistin Inge Bell, des Kriminalhauptkommissars und Experten zu Frauenhandel und Zwangsprostitution Manfred Paulus und in einer Ausstellung von TERRES DES FEMMES in der Elisabethkirche.

Ganz konkret und hautnah konnten Sie sich in der letzten Woche zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution bei einem Prozess im Marburger Amtsgericht informieren. Der männliche Angeklagte, dem vielfacher Menschenhandel zur Last

gelegt wird, ist bereits vorbestraft und gehört zu der Betreibergruppe des geplanten Bordells. Er hat die illegal erfolgten Umbauarbeiten in der Siemensstraße 10 geleitet und beaufsichtigt. Während der Umbauarbeiten ist die Zollbehörde zweimal mit einem großen Aufgebot wegen illegal beschäftigter Arbeiter dort erschienen.

Die auch in Marburg nicht erst jetzt öffentlich gewordenen Verflechtungen zwischen Rotlichtmilieu und Organisierter Kriminalität sind nachgewiesen und allgemein bekannt. Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Steuerbetrug, Bestechung u. a. m. sind in diesem Milieu an der Tagesordnung und auch für Marburg vorprogrammiert. (Vergleiche dazu M. Paulus, „Frauenhandel und Zwangsprostitution – Tatort:Europa“).

All das außer Acht zu lassen und sich bei der Entscheidung über die Genehmigung des geplanten Großbordells ausschließlich auf ein einseitig baurechtliches Gutachten zu stützen, ist von kritischen Bürger/innen nicht nachzuvollziehen und gibt Anlass zu Überlegungen, ob möglicherweise unausgesprochene Gründe und Motive für Ihre Entscheidung ausschlaggebend waren/sind.

Wir fordern Sie auf:

Werden Sie Ihrer Verantwortung für die Stadt Marburg und deren guten Ruf gerecht und revidieren Sie Ihre Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bürgerinitiative:

Inge Hauschildt-Schön
gez. Maik Dietrich-Gibhardt

Prof. Dr. Renate Rausch

Else Heuser